

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 57.

Paderborn, 12. May

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet.

Uebersicht.

Paderborn (die Unterstützung der Familien der Landwehrmänner betr.)
Deutschland. Berlin (die Dresdener Ereignisse; Tod des Grafen Hoym;
Ueber die Beschlüsse der Nationalversammlung; Abmarsch neuer Truppen
nach Sachsen; Unterhandlung zwischen Diepenbrock und der Regierung);
Frankfurt (deutsche Reichsversammlung; Eisenstuck und v. Wagdorff als
Reichs-Commissäre); Düsseldorf (Excesse); Elberfeld (Excesse); Breslau
(Kampf zwischen Militär und den Bürgern; Barrikaden); Aus Kur-
hessen; Fortgesetzter Kampf in Dresden; Kaiserslautern (Landau in
Belagerungszustand); Wien (Ankunft des Kaisers in Schönbrunn).

Der Krieg in Schleswig-Holstein.

Frankreich. Paris (General Dubinot bei Rom geschlagen).

Neueste Nachrichten.

Landwirthschaftliches.

Paderborn, den 7. Mai 1849.

In Ausführung seines Aufrufes vom 18. März d. J. hat der unterzeichnete provisorische Ausschuss zur Bildung eines Vereins zur Unterstützung hilfsbedürftiger Familien einberufener Landwehrmänner der 5. Compagnie des Paderborner Bataillons eine Generalversammlung auf

Sonntag, den 13. Mai, Morgens 11 Uhr

anberaumt und ladet dazu die Mitglieder des Vereins, d. h. Alle, welche sich zur Zahlung von monatlichen Beiträgen bereits verpflichtet haben, als auch einen Jeden, welcher dem Vereine noch beizutreten wünscht, dringend ein. Die Versammlung wird zunächst einen definitiven Vorstand des Vereins zu wählen und sodann darüber zu beschließen haben, wie die Einziehung der gezeichneten Beiträge und die Vertheilung derselben zu bewirken sei. Als Versammlungslokal wird der Heising'sche Garten auf dem Libor's Berge in Vorschlag gebracht

Der provisorische Ausschuss.

Wendt. Berger. Hagens. Heitmann. Henrici.
Jäger. Kröger. Wünnenberg.

Deutschland.

C. Berlin. 7. Mai. Die Dresdener Angelegenheiten bilden natürlich den Hauptgegenstand aller Debatten. Nachdem am Freitag Abend ein sächsischer Offizier hier angekommen war, um preussische Hilfe gegen die Aufständischen zu erbitten, erhielt in derselben Nacht das Jüßlitz-Bataillon des Kaiser Alexander Grenadier-Regiments Befehl zum sofortigen Abmarsch nach Dresden. Um 5 Uhr Morgens erschien das Bataillon bereits auf dem Anhaltischen Bahnhofe, vom General von Schreckenstein empfangen. Wer den Abmarsch dieser Truppen sah, der mußte inne werden, welcher frischer, siegesmuthiger, für König und Vaterland begeisterter Sinn unsere Soldaten beseelt.
Am Nachmittage desselben Tages folgte ein Bataillon Grenadiere desselben Regiments.

— Das Magistrats-Collegium hat sich dieser Tage mit Stimmenmehrheit für Beibehaltung der Schlacht- und Wahlsteuer und gegen die beabsichtigte Umwandlung derselben in eine Einkommensteuer erklärt.

— Der bisherige erste Adjutant des Prinzen Karl Königl. Hoheit, Graf Hoym, wurde dieser Tage feierlich beerdigt.

* * Berlin, 7. Mai. Der amtliche Theil des Staatsanzeigers enthält folgendes Schreiben;

Die deutsche National-Versammlung in Frankfurt hat am 4. d. M. unter Anderm folgende Beschlüsse gefaßt:

1) Die National-Versammlung fordert die Regierungen, die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten, das gesammte

deutsche Volk auf, die Verfassung des deutschen Reichs vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen;

2) sie bestimmt den 22. August d. J. als den Tag, an welchem der erste Reichstag auf Grund der Verfassung in Frankfurt a. M. zusammenzutreten hat;

3) sie bestimmt als den Tag, an welchem im deutschen Reich die Wahlen für das Volkshaus vorzunehmen sind, den 1. August d. J.

Durch diese Beschlüsse, welche einerseits offen in das Gebiet der ausführenden Regierungsgewalt übergreifen, andererseits die Verfassung ohne Zustimmung der Regierungen und vor ihrer Einführung durch dieselben als rechtsgültig voraussetzen, überschreitet die National-Versammlung auf das Entschiedenste ihre Befugnisse und entfernt sich ganz von ihrer Aufgabe, im Verein mit den Regierungen die Verfassung zu gestalten.

Die Regierung Sr. Majestät hält es für unerlässlich, den Behörden wie den Bürgern des Staats keinen Zweifel darüber zu lassen, welche Stellung sie diesen Beschlüssen gegenüber einnehme.

Wenn die National-Versammlung durch die in Nro 2 und 3 enthaltenen Anordnungen, aus eigener Machtvollkommenheit, einen Termin für den Zusammentritt des Reichstags und die Vornahme der Wahlen für das Volkshaus bestimmt, so ist es einleuchtend, daß sie sich damit ein Recht annahm, welches ihr selbst von denjenigen Staaten, welche sich zur Annahme der von ihr beschlossenen Verfassung bereit erklärt haben, nicht zugestanden werden könnte, da nach den Bestimmungen der letzteren selbst die Berufung des Reichstages nur in den Befugnissen des Reichsoberhauptes liegt. Am allerwenigsten aber kann diese eigenmächtige Verfügung der Versammlung irgend eine Geltung oder rechtliche Wirkung für diejenigen Staaten erlangen, welche jene Verfassung weder eingeführt, noch anerkannt haben. Es würde jede Ordnung in Deutschland zerstört werden, wenn es der Versammlung gestattet werden könnte, die Verfassung einseitig und partiell ins Leben zu rufen. Die königliche Regierung darf daher nicht anstehen, zu erklären, daß sie diese Beschlüsse in keiner Weise anerkennen oder zur Ausführung bringen kann.

Indem aber die National-Versammlung durch den ersten derselben, neben den Regierungen, auch die gesetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelstaaten und das gesammte deutsche Volk auffordert, die von ihr beschlossene Verfassung zur Anerkennung und Geltung zu bringen, droht sie die rechtlich nothwendige Mitwirkung der Regierungen zu umgehen und setzt sich der Gefahr aus, dahin verstanden zu werden, als wolle sie die einzelnen Körperschaften und das Volk veranlassen, die Verfassung selbstständig und ohne die Sanction der Regierungen, also auf dem Wege der Gewalt und der Revolution, zur Ausführung zu bringen.

Die königliche Regierung ist ihrerseits fest entschlossen, allen aus dieser Aufforderung direct oder indirect hervorgehenden gesetzwidrigen Bestrebungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, mit dem vollen Ernste des Gesetzes entgegenzutreten. Sie darf sich über die Möglichkeit nicht täuschen, daß, nachdem in benachbarten Staaten offene Auslehnung gegen die rechtmäßige Regierung stattgefunden, auch in Preußen durch ähnliche Einflüsse eine Agitation versucht werden möchte, welche Manche irre leiten und die traurigsten Folgen haben könnte. Sie hält es daher nicht für überflüssig, ihren festen Entschluß auszusprechen, dem Gesetze des Landes überall Achtung und Geltung zu verschaffen und, indem sie von Gw. rc. erwartet, daß Sie in der Ihrer Verwaltung anvertrauten Provinz mit Umsicht und Wachsamkeit, so wie mit Energie und Entschlossenheit, die erforderlichen Maßregeln jederzeit und ohne Verzug treffen werden, so will sie hiermit zugleich Sie beauftragen, den Ihnen untergeordneten Behörden ihren Willen kund zu geben und es denselben zur strengsten Pflicht zu machen, alle gesetzwidrigen Versuche zur Durchführung der in Frankfurt beratenen Verfassung auf das Schleunigste und mit aller Energie zu verhindern.